

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Hugo Baumüller, Magdeburg, Verlag von Bernhard Harbarm, Magdeburg-Neustadt, Druck von Frau Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breite Weg 127. Redaktion: Breite Weg 127 (Eingang Schindlerstraße). Fernsprecher-Nr. 1567.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 3 Mk. 50 Pf., monatlich 80 Pf. Der Druckband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Postabstellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 250 Pf. Beilagen: Eingelagerte Nummern (einschl. der Beilagen) erscheinen 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7559.

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend, den 22. Januar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die Generalabrechnung mit der Sozialpolitik des Reichsamts des Innern.

Stumm greift die Sozialdemokraten an; er verlangt schärfere Strafbestimmungen, und spielt den freiwilligen Regierungskommissar. — Der Sozialdemokrat Fischer dämpft den Uebermut des Großindustriellen und rechnet mit seinem System gründlich ab; Fischer wendet sich gegen Pojadowsky und zwingt denselben zu einer Erwiderung.

Unsere Genossen beherrschen die gegenwärtigen Reichstagsdebatten. Auch heute noch wurde die Generalabrechnung mit der Sozialpolitik der Regierung und dem neuesten Kurse unter dem Grafen Pojadowsky fortgesetzt. Der Tag erhielt seine Signatur durch eine fünfviertelstündige Rede des Genossen Richard Fischer. Vor ihm hatte König Stumm von der Tribüne seine Weisheit verkündet und der höhnische Ton in dem dieser traffe Terrorist von der „Freiheit“ seiner Arbeiter sprach, hatte unsern Genossen in Erregung gebracht, eine Stimmung, die der Wirkung seiner Rede nur zu Gute kam. Fischer schlug einen kräftigeren Ton an, als er im Hause für gewöhnlich üblich ist. Mit der Kraft des Tones verband sich aber auch scharfe Logik und eine machtvoll gedankensvolle. Diese Mischung gab einen guten Klang. Er erzwang sich gar bald die gebührende Aufmerksamkeit im Hause. Auf der rechten Seite bildete sich bald ein Gegenchorus, das beste Zeichen, daß die Liebe sitzen. Graf Pojadowsky antwortete sehr langsam, aber recht kleinlaut. Er kennt den Prozeß Taubich nicht, aus dem ihm Fischer mit den Praktiken der Berliner politischen Polizei bekannt gemacht hatte. Der Herr Staatssekretär des Reichsamts des Innern kennt den Prozeß Taubich nicht! Es ist wirklich schwer, seine Karte zu schreiben. Genosse Fischer gab dem König Stumm auf dessen Wort von den sozialdemokratischen Bluthauern die gebührende Antwort und beleuchtete einmal ordentlich die horrenden Unternehmergewinne. Als er dann von einem Skandal in der sozialen Rechtspflege sprach, versiel er einem Ordnungsruf. Gegen eine Kritik des Richterstandes ist der Landgerichtsrat von Buol stets am empfindlichsten.

Doch lassen wir die Abgeordneten selbst reden. Die Sitzung wurde am Donnerstag um 1 1/3 Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung des Spezialents (Reichsamt des Innern). Hierzu stehen mir zur Disposition die Anträge Fize (Zusammenstellung der Vorschriften für Betriebe mit Wind- und Wasserkraft), Pachnische (Erweiterung des Koalitionsrechts), und Lieber (verlangt Berichterstattung über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken). Erster Redner ist

Freiherr v. Stumm (deutsch-konservativ).

Karl Ferdinand, Freiherr v. Stumm. Geheimer Kommerzienrat, Rittergutsbesitzer, Major a. D. zu Halberg und Neumünster. Beritt den 6. Regimentsregiment Fries (Dietrich-St. Wendt). Geboren zu Saarbrücken; evangelisch. Besuchte die Universitäten Bonn und Berlin. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1867—1871, lebenslangliches Mitglied des Herrenhauses seit 1882. Mitglied des Reichstages 1867—1881 und dann wieder seit 1889. Mitglied des Abgeordneten Provinzial-Landesparlamentes. Kreisdeputierter. Vorsitzender der Saarbrücker Handelskammer. Adress 170/71 eine Schwadron schwerer Reiter.

Er! Eine Veranstaltung zu einer sozialpolitischen Debatte lag nicht vor. Er ist von Herrn Pachnische an den Haaren herbeigezogen. Das Arbeiterverordnungsgebot vom Jahre 1890 hat als Grundgedanken neben dem allgemeinen Arbeitsverbot auch den Schutz der Arbeiter vor der Gewaltthatigkeit ihrer Arbeitgeber. Niemand im Hause ist gegen eine solche Gleichberechtigung. Wir haben nichts gegen die Aufhebung des Verbindungsverbotes; wir verlangen nur entsprechende Korrekturen, die aber durchaus kein neues Sozialgesetz bedeuten.

Der Arbeitgeber muß die Freiheit haben, diejenigen Arbeiter nicht zu beschäftigen, die in einer Organisation sind; ob gewerkschaftliche oder politische, das bleibt sich ganz gleich. Gewaltsamkeiten von organisierten Arbeitern sind allerdings vorzubeugen. Redner verliest eine Anzahl Fälle, die das darlegen sollen. Wenn die „Schreitenden Arbeiter in Handlung“ Ueberschreife der anderen energisch zurückweisen, so haben sie die Verletzung erlitten, die Herr Lieber anordnet, nämlich nicht zu dürfen. (Widerstand.) Die Forderungen der organisierten Arbeiter übersteigen jedes Maß. In England haben sie zwar nicht die Verfassung, aber die nicht rechtskräftige Abweisung der Maschinen verlangt. Das geht nicht. Der Arbeiter muß dort in einem Hause sein, ein funktionierendes Haus, von dem Herr Lieber sprach, ist da unmöglich. Da muß eine solche Anordnung herrschen, sonst können wir einfach nicht mit dem Kustoden weiterkommen. **1500 Mark haben Sozialdemokraten als Minimallohn verlangt! Da hört doch einfach alles auf!** Daß die evangelischen Arbeitervereine den sozialdemokratischen oft sehr nahe stehen, ist eine bekannte Tatsache.

Herr Lieber hat von der Naturarbeit der sozialdemokratischen Arbeiter gesprochen. Da, die Arbeiter, die Vaterlandsliebe, die Liebe zur Heimat, die Ehrlichkeit wird von den Sozialdemokraten „hinausgeschoben“ und hat dessen mit ihnen besessenen Anhängern das Bild der Unzufriedenheit. Das Reden von der Gerechtigkeit angeht. Der Mann Jakob stellt den Sozialismus als eine Schlinge dar. Die Herr Singer den Kopf schüttelt. Ich kann mir

sehr ernsthafte Leute denken, die darin eine direkte Aufforderung zur Gewaltthat erblicken. Auch die anarchistische Bewegung ist nur ein Ausfluß der sozialdemokratischen Lehren; anarchistische Taten werden in der sozialdemokratischen Presse zwar nicht gelobt, aber entschuldigt. Wenn ich von meinen Verhältnissen die Sozialdemokraten fern halte, so thue ich es nur, um die Freiheit meiner Arbeiter vor ihnen zu schützen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn ich, wie Abg. Lieber mir wünscht, vor 100 Jahren geboren wäre, wäre die Arbeiterwohlthatgesetzgebung 100 Jahre früher gegeben worden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sozialismus haben wir schon im 16. Jahrhundert gehabt. Die Geschichte ist darüber weggegangen, sie wird auch über die jetzige Bewegung fortschreiten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bravo! rechts.) Redner wendet sich gegen den Antrag Pachnische, den die Regierung unmöglich annehmen kann.

Abg. Fischer (Soz.):

Daß der „Geheime Ober-Regierungsrat“ Stumm (Heiterkeit) der Herr der Regierung ist, ist bekannt. Er glaubt es jetzt selber. Andererseits vermutet er auch, daß die Weltgeschichte einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, wenn er 100 Jahre früher geboren wäre (Heiterkeit). Abg. v. Stumm: Das habe ich nicht gesagt. Wie er sich das nur vorstellen mag. Nun, schon vor Ihnen sind Leute für Arbeiterschutz eingetreten. Schon im Jahre 1847 forderte ihn das Kommunistische Manifest und im Anfang des Jahrhunderts Owen. Herr v. Stumm hat heute wieder seine alte Rede gehalten, auf die im Reichstage schon früher mehr gehört. Nur einige Stellen will ich daraus beleuchten. So hat er gewagt, es als maßlose Forderung zu bezeichnen, wenn Arbeiter 1500 Mark pro Jahr als Durchschnittseinkommen fordern. **Das sagt derselbe Mann, der ein jährliches Einkommen von 2 Millionen hat. Der bezeichnet es als maßlos, wenn der Arbeiter 4 Mark pro Tag fordert!** (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein besseres Argument hätte er uns gar nicht geben können gegen das Unternehmertum, das in den letzten Jahren 12, 25, ja 40 Prozent Dividende verdient hat. Herr v. Stumm will weiter, ebenso wie sein Freund v. Kardorff, beweisen, daß das Sozialistengesetz das Wachstum unserer Partei stark beeinträchtigt habe. Sehen Sie sich doch die amtlichen Zahlen der vergangenen Wahlen von 1878—1890 an. Gerade das Sozialistengesetz hat die Arbeiter zum Klassenbewußtsein, zum Widerstand gegen die Unterdrückung erzogen. Dann hat Herr v. Stumm weiter behauptet, die Februar-erlasse seien durchgeführt worden.

In den Erlassen wird ja auch das konstitutionelle Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter festgelegt, worin Herr v. Stumm den Grund alles Unnützes sieht. Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft, nicht seine politische Ueberzeugung, seine Persönlichkeit. Vom Unternehmer aber wird das politische Element hineingetragen.

In der gestrigen Rede hat der Freiherr v. Stumm in der ihm eigenen geschmackvollen und gebildeten Weise von Bluthauern gesprochen, die sich von den Arbeitergewerkschaften nähren; damit waren die sozialdemokratischen Agitatoren gemeint.

Herr v. Stumm ist am allerwenigsten berufen, in solcher Weise von diesen Männern, die in redlicher, ehrlicher Arbeit ihr Gehalt verdienen, zu sprechen. In seiner Partei ist diese ehrliche Arbeit nicht zu finden, was er doch aus der allerletzten Zeit wissen mußte. Ich erinne. In auch an den edlen Freiherrn v. Lützow, an den Weichselhäfcher v. Schorlemer. Von dem Freiherrn v. Hammerstein will ich gar nicht reden. Woher aber hat der Freiherr v. Stumm denn seine zwei Millionen jährliches Einkommen? Doch nur durch Nichtzahlung der Differenz zwischen Lohn und wirklichem Arbeitswert! Und zum Dank dafür tituliert er sie im Herrenhause „Einkommen“! (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Stumm würde beleidigt sein, wenn ich sein Eintreten für Militär- und Marinevorlage, für Eizölle aus seinem Interesse an seinem materiellen Einkommen erklärte, obwohl sein Freund v. Kardorff es für keine Schande hält, das politische Ehrenamt eines Reichstagsabgeordneten zu finanziellen Operationen auszunutzen. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.)

Die Aktiengesellschaften beweisen doch, daß heute im Produktionsprozeß das überflüssigste Möbel der Unternehmer ist. Das Unternehmertum scheint sich in der Rolle des Mäcchens der Nation, die ihm Napoleon I. einmal zugewiesen hat, sehr wohl zu fühlen. (Unruhe. Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn der Graf Pojadowsky sich so über die Verarmung seines Erlasses erregt, erinnert er sich doch nicht an die Verarmung der Regierung? **Wir leben im Kriegszustande mit der Regierung.**

Erklärt diese nicht täglich zum Ueberfluß und zum Gef., daß unsere Partei vernichtet werden muß, k u e b e l t sie nicht stets und ständig den deutschen Arbeiter mit wahrer Schinderhannes-Mentalität. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Hat Graf Pojadowsky sich je über den Terrorismus der Arbeitgeber entzündet, die den Arbeiter hindern, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen? Herr v. Stumm ist sogar soweit gegangen, seinen Arbeitern das Heiraten zu verbieten. Und da wundert sich der Staatssekretär, wenn auch einsichtige Angehörige der Intelligenz die Regierung als Sachwalterin der Unternehmerinteressen ansehen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Fürst Bismarck hat es offen als das Ziel der Regierung bezeichnet, Millionäre zu züchten und hat bei sich selbst damit begonnen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das geht aber nicht, ohne die Massen anzupöbeln. Ganz den gleichen Standpunkt hat Graf Pojadowsky eingenommen. Weshalb dann seine Entrüstung? Er meinte, der Erlaß sollte nur Erhebungen veranlassen. Wir haben aber allen Grund, in ihm den Versuch eines Attentats auf die Koalitionsfreiheit zu sehen. Das hat ja auch die Beziehung zum allgemeinen Wahlrecht, die Graf Pojadowsky ausführte, bewiesen. Wer soll die Erhebungen veranlassen? Die Polizeibehörden, die nach den Berichten der Fabrik-Inspektoren in kleineren Orten abhängig vom Unternehmer sind. Die 1891 vorgeschlagene Verschärfung des § 153 sollte die Schädigung der Kapitalisten mit bedeutenderer Minimalstrafe bedrohen, als Meineid, Ehebruch, Kuppelei, Totschlag, Raub, Erpressung, Gotteslästerung u. (Hört! hört!) Würde das Reichsamt des Innern einen solchen Erlaß ergehen lassen, wenn sich die Arbeiter über die fortgesetzten Verletzungen der Gewerbeordnung durch die Unternehmer beschwerten? **Wenn sich die Unternehmer koalieren, um „arbeitswillige Arbeiter“ am Arbeiten zu verhindern, weil sie aus Deten kommen, wo gestreift wird, so hat die Regierung, wie aus dem mündlichen Bescheide des Geh. Regierungsrats v. Schow an den Baumeister Jelsch zu ersehen ist, keine Veranlassung, auf Grund des § 104 der Gewerbe-Ordnung einzuschreiten.** Die Arbeiter sollen als gezwungen werden, sich von bestimmten Unternehmern ausbeuten zu lassen. (Beifall bei den Soz.)

In Bielefeld eine große Meute an die Richter, mit harten Strafen vorzugehen gegen die, die Arbeitswillige an der Arbeit hindern, und die gewaltsamste Straflosigkeit für dieselben Handlungen, wenn sie von Unternehmern begangen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Da wird es begreiflich, wenn die deutsche Arbeiterklasse zu der Meinung kommt, die Februarerlasse seien nur W a h l a c h e gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht verächtlich von bezahlten Arbeiteragitatoren. Die bezahlten Unternehmernagitatoren, wie Herr Buex, werden von der Regierung als Sachverständige zugezogen!

Graf Pojadowsky zeigt sein sozialpolitisches Verständnis durch seine Forderung eines Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern. Sollen die Arbeiter in Aktienfabriken heute für die Berliner, morgen für die Londoner, übermorgen für die Pariser Aktienbesitzer Pienst empfinden? (Sehr gut!) Die Regierung sollte den Kampf führen gegen diese überflüssige Drohnegesellschaft! (Bravo!) Den wechselnden Ansichten der Bourgeoisien schließen sich natürlich auch die Meinungen der Räte und Direktoren der Reichsämter widerspruchlos an.

Aus dem Grundzuge von 1890, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe werden sollten, ist mit affenartiger Geschwindigkeit die Umdeutung entstanden: die Staatsbetriebe sollen keine höheren Löhne zahlen, als die Privatunternehmer. Das ist der neue sozialpolitische Kurs! Graf Pojadowsky hielt uns vor, die Gesamtheit der Unternehmer zahle täglich eine Million für das Versicherungsweisen der Arbeiter. 18 Millionen Versicherung giebt es, macht auf den Kopf 5 1/2 Pf. Und nun die Gegenfrage: was verdient der einzelne Unternehmer täglich an dem einzelnen Arbeiter? Davon schweigt der Staatssekretär. Einige hunderttausend Unternehmer verdienen täglich einige Millionen. Und wer erarbeitet diese Millionen? Wo kommen sie her als aus der Differenz des wirklichen Arbeitsernagtes und der elenden Hungerlöhne? Dieser ungeheure, den Erzeugern vornehmende, auf gleichem Wege zurückgehaltene Arbeitsverdienst wandert in die Taschen der Unternehmerrasse, und wenn sie dafür dem Arbeiter 5 1/2 Pf. pro Tag Versicherungsgebühr zahlt, dann posant der Herr Staatssekretär das als bewundernswürdige Wohlthat aus, die die Arbeiter zu ihrer Dankbarkeit verpflichten soll. Für diese 5 1/2 Pfennig sollen die Arbeiter ihre politischen Rechte, ihre wirtschaftlichen Forderungen preisgeben? Dies können wir aber noch eine bedeutende Menge, es ist charakteristisch,

[illegible]

Aus den Kommissionen.

Aus den Kommissionen.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfes betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen beendete heute die erste Sitzung der Vorlage. § 5 des Entwurfs lautet: „Wer auf Grund des die Verpflichtung der Staatskasse zur Entschädigung aussprechenden Beschlusses einen Anspruch geltend macht, hat diesen Anspruch bei Vermeidung des Verlustes binnen drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses durch Antrag bei der Staatsanwaltschaft zu verfolgen. Der Antrag ist bei der Staatsanwaltschaft desjenigen Landgerichts zu stellen, in dessen Bezirke das Urtheil ergangen ist. Ueber den Antrag entscheidet die oberste Behörde der Landesjustizverwaltung. Eine Verfertigung der Entschädigung ist dem Antragsteller nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung zuzuwenden. Gegen die Entschädigung ist die Berufung auf dem Rechtswege zulässig. Die Klage ist binnen einer Auszuführfrist von drei Monaten nach Zustellung der Entschädigung zu erheben. Für die Ansprüche auf Entschädigung sind die Civilkammern der Landgerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig. Bis zur endgültigen Entschädigung über den Antrag ist der Anspruch weder veräußerlichbar, noch der Pfändung unterworfen.“ Dieser Antrag wurde in seinem ersten und letzten Abzuge einstimmig, in seinem mittleren mit sieben gegen eine Stimme angenommen. Der § 6 des Entwurfs besagt: „In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen ist statt der Staatskasse die Reichskasse zur Zahlung verpflichtet. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Staatsanwaltschaft des Landgerichts die Staatsanwaltschaft bei dem Reichsgericht, an die Stelle der obersten Behörde der Landesjustizverwaltung der Reichskassier.“ Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt jedoch, folgende Bestimmung als § 1a in den Gesetzentwurf einzufügen: „Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt war, oder die inhaftiert worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind. Der Anspruch auf Entschädigung ist ausgeschlossen, wenn der Angeeschuldigte versucht hatte, dem Strafverfahren durch die Flucht zu entziehen, oder wenn er sich unternehmen hatte, Spuren der That zu vernichten oder jemand in einer falschen Aussage oder dazu zu verleiten, sich der Zeugnispflicht zu entziehen, oder wenn der Angeeschuldigte durch ein unwahres gerichtliches oder außergerichtliches Geständnis der That oder durch falsche Selbstanzeige, oder sonst absichtlich die Einleitung oder Fortsetzung des Strafverfahrens veranlaßt hat.“ Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen. Die zweite Sitzung beginnt am 24. Januar. —

Die 6. Kommission des Reichstags
begann heute die Beratung der Novelle zur Zivilprozeßordnung fort.
Es handelte sich dabei ausschließlich um den § 143. Dieser lautet nach
dem geltenden Gesetze: „Das Gericht kann Parteien, Bevollmächtigten
und Beisitzenden, denen die Fähigkeit zum geeigneten Vortrage mangelt,
den weiteren Vortrag unterliegen. Das Gericht kann Bevollmächtigte
und Beisitzende, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsfähig
betreiben, zurückweisen. Eine Anfechtung dieser Anordnungen
kann nicht statt. Auf Rechtsanwalte finden die Vorschriften dieses
Paragraphen keine Anwendung.“ Der Entwurf ersetzt den letzten
Satz durch folgende Bestimmung: „Die Vorschriften der Abs. 1, 2
finden auf Rechtsanwalte, die Vorschriften des Abs. 2 findet auf Per-
sonen, denen das mündliche Verhandeln vor Gericht durch eine seitens
der Justizverwaltung gewährte Anordnung gestattet ist, keine An-
wendung.“ Nach ausgedehnter Debatte über die Stellung der Rechts-
anwaltschaft wurde der Vorschlag in der Fassung der Regierungs-
vorlage schließlich angenommen. — Die nächste Sitzung findet am
Freitag statt. —

Freiwirtschafts Abgrenzungsaussch. (6. Sitzung.)

(Stimmungsbild.)

Im Abgeordnetenhaus stand Donnerstag die Ver-
schiebung des Hundertmillionenbonds zur Beförderung
zentraler Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und
Posen zur Verhandlung. Es gab demgemäß eine Polen-
debatte, und der Reichstagsminister Fürst Hohenhausen eröffnete sie
in eigener Person. Er behauptete, daß sich die Vorlage
nicht gegen die polnischen Preußen sondern gegen die ge-
schädigten großpolnische Propaganda richte. Der Redner der
Polen, v. Juchaczewski, bestritt diese Wirkung des Ansiedlungs-
gesetzes. Die Regierung gehe offenbar darauf aus, das polnische
Element zu unterdrücken: deshalb würden die polnischen Abge-
ordneten sich an der Weiterberathung der Vorlage gar nicht erst
theilnehmen, sondern sich auf feierliche Proteste beschränken. Unter-
stützt wurde das Gerede von polnischen Abgeordneten vom
Saarthal, dessen Redner Hrsg. Jankowski, die ablehnende Haltung
der Großpolen gegen die Vorlage begründete. Er bezeichnete als
Haupt des Entwurfs die Bemerkung des Potentatus. Auf
die Seite der Regierung stellte sich, wie nicht anders zu er-
warten war, der konservativste Abg. von der Heidebrand-
burg und Herr Gump, der nie fehlen darf, wenn es sich um
die Unterstützung einer Regierungsvorlage handelt, während
der Abg. Rüssel im Namen der freisinnigen Volkspartei
die Ablehnung der Vorlage antrug. Die Debatte, in die
die Minister v. Riquel und v. Hammerstein-Sorren ein-
traten, endete mit der Verweisung des Entwurfs an die
Untersuchungskommission. —

Politische Tagesgrundschau.

Ueber religiöse Beausichtigung von Missio-
naren in Baden befragten sich Mehrer des Centrums. Die
erste Stimme in Heidelberg stellt fest, daß die Generalversam-
lung in Ulm, wo eine Mission stattfindet, Erhebungen mittels
Fragebogen mache. Diese Erhebungen werden als „Epiro-
gramm“ bezeichnet, das sich nicht bloß auf die Priester in
der Kirche, sondern auch auf die Bewegung der Missions-
gesellschaft von einem Ort zum andern erstreckt. In der Land-
esversammlung soll eine Jahreskollation eingebracht werden. —
Rath hiesiger Arbeitskräften beginnen die
Mittagessen zu befrachten aus Mangel der Umwerbung der Kin-
derkassen. Zum Schluß, einer Rede von Heinrich Scharrer,
heißt sich eine Briefkollation, in welcher die Hoffnung
ausgesprochen wird, daß schon die bezeichnenden Schritte
auf dem Felde der neuen Missionen die ersten Junoren
hinter sich lassen, „hiesigen Prediger“ als Landarbeiter
nach Deutschland führen werden. Herrliche Ansichten für
deutsche Arbeiterfamilien. —
Ueber einen Fall von beängstigender Begnadigung wird
aus Düsseldorf gemeldet: Ein junger Schlosser aus Bonn,

der in der Nähe Düsseldorf's angestellt war, hatte 600 Mark Postgelde unterschlagen und wurde von der Strafkammer Düsseldorf zu 5 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Strafe soll ihm jedoch erlassen werden, wenn er sich während der nächsten zwei Jahre tadellos führt. —

Dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Lütgenau, der im Gefängnis in Herford wegen Majestätsbeleidigung eine dreimonatige Freiheitsstrafe verbüßt, war zwar die Selbstbeschäftigung verweigert worden, man hatte ihm aber erlaubt, zu gewissen Stunden die polnische Sprache zu studieren. Seit Weihnachten ist ihm, wie unser Dortmunder Partei-Organ mittheilt, diese Vergünstigung wieder entzogen. Dem Preßsünder ist sonach jede Vergünstigung verweigert.

Die Familie Ahlwardt hat eine formidabile Arbeits-
theilung in der **politischen Schnorrerei** eingeführt. Ahl-
wardt sen. hält in Versammlungen die Rede, Ahlwardt jun.
ein lang aufgeschossener, schwächlicher Füngling, fungiert als
Billetkontrolleur, und Ahlwardts Schwiegersohn, der Schank-
wirt Bodek, thront als Einberußer und Präsident auf der
Bühne. Auch die Kasse, zu welcher jeder Besucher 20 Pfg.
entrichten muß, war in guten Händen, so daß alles Geld
in der Familie verbleibt. Und die Magdeburger stupiden
Bürger waren dumm genug, diese Schnorrerei mit 30 Pfennigen
zu unterstützen. Dummheit, triumphiere! —

Der Landbriefträger — eine gute Heiratspartie.

Das ist es, was der Staatssekretär des Reichs-Postamts in der kurzen Zeit seiner Thätigkeit bereits entdeckt und in der gestrigen Sitzung der Budgetkommission zum besten gegeben hat: Der Landbriefträger mit 1000 Mark Einkommen ist in Ostpreußen eine gute Heiratspartie. Wie schlecht und elend muß die arbeitende Landbevölkerung gestellt sein, wenn der Landbriefträger schon als ein erwerbenswertes Objekt erscheint. Wir danken Herrn v. Bobbielski für diese Bestätigung. Aber auf einen kleinen Irrtum in seinen Ausführungen macht der Vorwärts den Staatssekretär aufmerksam: Der Landbriefträger würde den horrenden Gehaltssatz von 1000 Mark erst 15 Jahre nach seiner etatsmäßigen Anstellung, das heißt, da letztere erst nach ca. 8—9 jähriger Dienstzeit erfolgt, nach 23—24 jähriger Dienstzeit oder im Alter von ca. 45 Jahren erreichen. Etwas spät wird da allerdings der Landbriefträger eine gute Heiratspartie . . . ! Genügt dies? —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Hungerrevolte in Ancona ist durch das militärische Eingreifen eingedämmt, aber noch nicht völlig zur Ruhe gebracht worden. Im Innern der Stadt dauerte am Mittwoch die Ruhe an, dagegen wurde in der Gegend des Bahnhofes, wo zahlreiche Sozialdemokraten und Anarchisten wohnen, versucht, mit Balken und Bretern von Zäunen Barrikaden zu bauen. Die Polizei ließ dieselben räumen. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. In der Richtung auf Loreta wurden einige hundert Arbeiter angetroffen, welche eine aufrührerische Haltung einnehmen. Kavallerieabteilungen und Polizeimannschaften haben sich nach Loreta begeben, und dort zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch an anderen Orten sind wegen der hohen Brotpreise Unruhen ausgebrochen. In Macerata fand vor dem Rathaus eine Kundgebung zahlreicher Personen statt, welche die Herabsetzung des Brotpreises forderten. Die Polizei zerstreute die Manifestanten, einer derselben wurde verhaftet. In Senigallia begab sich eine Volksmenge vor das Rathaus und verlangte Maßnahmen wegen des Brotpreises. Die Manifestanten erhielten eine befriedigende Antwort. Trotzdem drang ein Volkshaufe, unter denen sich besonders viele aufgeregte Frauen befanden, in den Bahnhof und die Lagerhäuser ein und plünderten die Korn- und Mais-Vorräte. Truppen, welche aus Fano herbeieordert waren, stellten die Ruhe wieder her. Auch in Impruneta, in der Nähe von Florenz, kam es wegen der Brotvertheuerung zu einigen Unruhestörungen, doch herrscht jetzt vollständige Ruhe. In Jesi bei Ancona versuchten Sozialisten und Anarchisten gestern eine Kundgebung zu veranstalten, wurden aber sofort zerstreut. Wie „reformierend“ doch das Militär operiert. Man wird das arme Volk den Hunger vergessen. Nicht wahr? —

Auf Cuba schlug nach einer Meldung aus Havanna General Luque die Aufständischen bei San Martin (Aguerras). Dreißig derselben wurden getödtet. Auf seiten der Spanier fiel ein Mann; 21 wurden verwundet. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— **Drei Monate Gefängnis** erhielt gestern unser Redakteur Hugo Baumüller wegen Beleidigung der Magdeburger Stadtverwaltung, die begangen sein soll durch einen Artikel, betitelt: „Der Schuß, die Rache des Volkes?“ (Ein festes Wort zur Stadtverordnetenwahl in Baden). Der Magistrat hatte Einspruchtrag gestellt. Die Anklage stützt sich auf Beleidigung des Magistrats, trotzdem der Artikel sich nur mit der Stadtverordnetenwahl und mit den Stadtverordneten beschäftigt. Die Beweisansätze unseres Genossen Baumüller wurden sämtlich abgelehnt. Revision wird eingelegt. Unserer Ansicht nach wird das Reichsgericht dieses Urteil aufheben. Ein ausführlicher Bericht folgt. —

— Bei Beratung des **Hafen-Gesetz** in der Stadtkommunal-
sitzung führte geh. unv. Genosse Gärtner eine interessante Dis-
kussion über die **Arbeitsverhältnisse auf dem Hafe**. Herbst
Gärtner tadelte die geringe Löhnung der Hafenarbeiter und er-
wähnte die Aufhebung derselben. Dem Magistrat stellte er die Forderung,
die Aufhebung der Accordarbeit Sorge zu tragen, rügte, das In-
treten des Magistrats den 1. 3. ankündenden Arbeiterm. gegenüber und
natürlich die Aufstellung einer schwarzen Liste. Ueber die Berathung
werden wir morgen ausführlich berichten. —

— In dergleichen Angelegenheiten legen wir im letzten Teil der
Wochenberichterstattung. Zum weiteren Verlauf der Sitzung sand-
te eine Entscheidung über die Mannbarkeit des Hafens ab über die
Verhältnisse der Hafenarbeiter hielt; letztere hatte Stadtkommunal-
Gärtner, das neue sozialdemokratische Mitglied der Verwaltung,
anregt, dessen Ausführungen, so sachlich und ruhig sie ge-
schienen waren und vorgelesen wurden, doch in der Bezeichnung
„Arbeiter ist Arbeiter“ gabelten. Durch einstimmige Ab-
stimmung des städtischen Rates befanden die 12. 12. 1900
der städtischen Hafenverwaltung ihr Vertrauen und ihren

Dant. Die Stadtverordneten haben also nach der Magdeburger Zeitung prinzipiell nichts gegen die von Gärtnern getragene Behandlung der Gärten einzuwenden gehabt. — Der unteilnahmige General-Anzeiger bemerkt im lokalen Teil über die geführte Stadtverordnetenversammlung u. a.: „Die Versammlung vertrat hierauf die Beratung der oben genannten Vorlage und erledigte die übrigen ohne wichtigeren Zwischenfall.“ — Der Vorsteher des Gefängnisses, wie überhaupt die Arbeiter, werden sehr wieder zugeben müssen, daß der General-Anzeiger ein Blatt ist, das nicht wert ist, auch nur von einem Arbeiter gelesen zu werden. —

In einer anderen hiesigen Zeitung lesen wir: „Der Arbeitgeber-Verband des Maurer- und Zimmergewerks zu Magdeburg hielt am Mittwoch in der „Reichshalle“ eine Verbands-Versammlung ab, die gut besucht war. Die Versammlung war dem Vorstehenden zwecks Besprechung der Arbeitsniederlegung auf dem Bauplatz der Pionierkaserne einberufen worden. Da am Mittwoch früh die Arbeit wieder aufgenommen worden ist, so hat der Arbeitgeber-Verband, dem zur Zeit fast alle Baugeschäfte Magdeburgs angehören, von der Ausführung seines Beschlusses, am Freitag eine allgemeine Aussperrung der Arbeiter einzutreten zu lassen, Abstand genommen.“ —

Die Magdeburger Zeitung wird wieder einmal ganz falsch unterrichtet. Zur Verlegung des Streiks auf der Pionierkaserne wird dem Unternehmerblatte geschrieben, daß die Arbeiter die Entlassung zweier nichtorganisierten Arbeiter fordern und daß „die Mitglieder der Lohnkommission der Maurer und Zimmerer sich mit den Arbeitern solidarisch erklärten“. Wir müssen die letztere Behauptung nach allem, was wir in den Versammlungen gehört, als eine der Wahrheit zuwiderlaufende bezeichnen. Die von den Lohnkommissionen der Maurer und Zimmerer in den Versammlungen vertretenen Ansichten und Erklärungen berechtigen uns zur Feststellung der unwarren Berichterstattung der Magdeburger Zeitung. —

Falsche Thalerstücke zirkulieren mit dem Bildnis Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen und der Jahreszahl 1856. Die Stücke sind erkenntlich, resp. fallen auf durch das leichte Gewicht, ferner durch die schwarze Farbe und dann haben die Falsifikate keinen Rand, es fehlt die Inschrift. Also Vorsicht! —

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Nemi zu Magdeburg, Alter Markt 32, ist heute, am 19. Januar 1898, mittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der offene Arrest erlassen. Konkursverwalter: Kaufmann Robert Betsch zu Magdeburg. —

Gestern mittags jagten schon gewordene Pferde mit einem Aderwagen die Linienburgerstraße hoch. Sie rissen zwei Wägen um, einen auf den Schienen des Hauptbahnhofs übergehänges. Kurz nach Begräbnis des Wagens passierte ein Personenzug die Straße. —

Der Schneidermeister Albert S. hat sich beim Öffnen einer Flasche Bier eine Verletzung an der Hand zugezogen, woraus sich eine Sehnenentzündung gebildet hat, die seine Ueberführung in die altstädtische Krankenanstalt nötig machte. —

Polizei und Volksstimme.

Wir glaubten die Rubrik „Polizei und Volksstimme“ mit heutigem Tage aus den Spalten der Volksstimme entfernen zu können. Leider sind wir hierzu nicht in der Lage. Vermutlich zieht früher oder später der Schuhmanns-Doppelhosen wieder auf. Augenblicklich soll es an Schutzleuten fehlen. Schon gegenwärtig werden 11 Schutzleute (im ganzen 14 Schutzleute) gesucht. Von einer Anstellung eines Kommissars soll vorläufig Abstand genommen werden; man glaubt mit der Anstellung eines Wachmeisters den Zweck zu erreichen. Ist die Anstellung vorgenannter Personen definitiv erfolgt, so wird mit der Beobachtung der Volksstimme fortgefahren werden können. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage zu beurteilen, ob die Anstellung dieser Schuhmannschaften notwendig ist; finden es aber sonderbar, daß ein Schuhmann, welcher geleiteter Gärtners ist, auf dem neuerbauten Grundstück des Herrn Polizei-Inspektors thätig ist; vor seiner gegenwärtigen Wohnung in der Zeit von 8 Uhr abends bis der Herr Polizeiinspektor seine Wohnung aufgesucht ein Schuhmann vom neustädter Revier und vom 5. Revier Posten steht. Auch hat ein zur Bewachung der Pferde neu angestellter Schuhmann immer noch Zeit, Arbeiten für Vorgesetzte zu verrichten. —

Bei Beratung des preussischen Polizei-Etats wird auch die Angelegenheit Polizei und Volksstimme zur Sprache kommen. Wir haben einen fortschrittlichen Abgeordneten ersucht, sich der Sache anzunehmen. Wir teilen dies bereits heute mit, damit die Polizei dem Minister genügend Material unterbreiten kann. —

Am Mittwoch hatte Genosse Beilke nochmals Vernehmung vor dem Kriminalkommissar Weinert. Es handelt sich immer noch um die Herstellung der Ansichtskarten.

In der Druckerlei von Hölbe haben sich fünf Dinge abgespielt, die, wenn sie auf Wahrheit beruhen, alle Welt in Erstaunen setzen werden. Wir müssen mit der Veröffentlichung noch einige Tage warten. Es dreht sich um die Steine, welche zur Herstellung der Ansichtskarten verwendet wurden. Bekanntlich verließ die Hauskuchung nach denselben resultatlos. Die Polizei forschte auch um denselben nach den Steinen, weil auf der Rückseite eines dieser Steine ein Avis für eine Musikalienhandlung gestanden haben soll. Es wird angenommen, daß dieser Stein belastendes Material enthalte. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Mordanschlag aus Eifersucht.) Einen Mordanschlag mit einem Dolchmesser verübte am Mittwoch abend um 7 Uhr der Konditor Frankenburg aus Ebing gegen seine ebenfalls aus Ebing gebürtige frühere Braut, die Verkäuferin Elise Koch, die seit Oktober in der Fleischwarenhandlung von Besitzer in der Klosterstraße beschäftigt war. Die jungen Leute hatten sich in Ebing kennen gelernt und verlobt. Das Mädchen löste jedoch das Verhältnis, da ihr der Ehemann zu eifersüchtig und jähzornig war. —

Eisenach. (Baunfall.) In Kuhlra fiel einem Arbeiter auf einem Neubau ein Stein so unglücklich auf den Kopf, daß der Tod eintrat. —

Erstfeld i. Elsaß. (Eisenbahnunglück.) Ein Güterzug fuhr Donnerstag früh in einen andern. Sechzehn Wagen sind beschädigt, Personen nicht verletzt. —

Jena. (Arbeiterstift.) Am Dienstag früh stürzte ein mit Beschlagen eines Daches in der Nähe des Saalbahnhofes beschäftigter Zimmermann vom Gerüst herab und trug nicht unerhebliche Verletzungen davon. —

München. (Blutthat.) Ein Mann hat beim Eisenwerk Girsau einer in seiner Begleitung befindlichen jungen Frau mit einem Rasiermesser das rechte Handgelenk durchschnitten und sie hierauf durch einen Revolverkugelschuss in den Mund getödtet. Gleich darauf durchschnitten sich selbst das linke Handgelenk und tödtete sich ebenfalls durch einen Revolverkugelschuss. —

Pfaff. (Entführung eines Mörders.) Der wegen mehrfacher Raubmorde zum Tode verurteilte Mordarsch ist aus dem Gefängnis entsprungen. —

Ruhrort. (Explosion.) In der Getreidebörse explodierte bei der Produktion einer Serpentinanzug ein Glasballon. Sechs Personen sind verletzt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Seehausen (Kreis Wanzleben). Nachdem die Verfügung des Bürgermeisters Sonntag durch den Landrat v. Rohe für nichtig erklärt worden, findet Sonntag nachmittag 3 Uhr im Rathskeller eine Volksversammlung statt. Der sozialdemokratische Reichstagskandidat unseres Kreises hält einen Vortrag. Seid alle zur Stelle, Ihr Landproletariat! —

Groß-Ottersleben und Umgegend. Alle Freunde, welche gewillt sind, sich zur Landagitation nach Seehausen zu begeben, werden ersucht, Sonntag früh 10 Uhr sich bei Andr. Baake einzufinden. —

Der Arbeiter-Turnverein Groß-Ottersleben unternimmt Sonntag früh 10 Uhr eine Fahrt nach Seehausen. Abfahrt 10 Uhr vom Lokale des Herrn Strumpf. —

Eine öffentliche Versammlung aller in Buch- und Steinverleihen, Buchbinderen, Schriftsetzereien und sonstigen Verleihen des graphischen Berufs beschäftigten Personen findet, wie bereits bekannt gegeben, am Sonnabend, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Müllers Lokal, Tischlergasse 22, statt. Genosse Richard Ritz wird unter Berücksichtigung der Debatten im Reichstagsverleihen v. Poladomsky ausführlich über die Zukunft der Gewerkschaften unter dem jetzigen Regime referieren. Möge jede der in obigen Berufs beschäftigten Personen es für seine Pflicht halten, diese Versammlung zu besuchen und für dieselbe noch in letzter Stunde agitieren. —

Elb- und Hafenarbeiter. Wie bekannt, findet Sonnabend abend 8 Uhr im Thalia-Saal zu Budau eine öffentliche Elb- und Hafenarbeiter-Versammlung statt. In derselben hält Kollege Wörlitz einen Vortrag. Derselbe beschäftigt sich voraussichtlich mit den neuesten politischen Vorgängen auf dem Gebiete der Organisations- und Versammlungsfrage, beispielsweise mit dem neuesten Schreiben des Grafen Poladomsky. Kollegen, zeigt durch Erscheinen in der Versammlung Euer Interesse. —

Die Mitglieder-Versammlung des Elb- und Hafenarbeiter-Verbandes fällt am Sonnabend zu Gunsten der öffentlichen Versammlung aus, worauf an dieser Stelle aufmerksam gemacht wird. — Am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Seebold, Braunerstraße 3, eine öffentliche Versammlung aller in der Brauerei beschäftigten Arbeiter statt. Der Redakteur der Brauer-Zeitung, R. Wiegand-Hannover, hält einen Vortrag über Wohlstand, Einrichtungen und Interessen der Brauerei. —

Der Brauermeister möchte es sich angelegen sein lassen, einen interessanten Vortrag mit anzuhören. Daraus, Arbeitskollegen, er scheint alle! —

Mühlberg. (Arbeiter.) Am Sonntag, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr, findet für Mühlberg und Umgegend eine öffentliche Versammlung aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter statt. Kollege Ph. Thomas-Berlin hat das Referat übernommen. —

Sonnabend, 22. Januar: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Sektion der Klempner. Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Grotthum, Kl. Klosterstraße 15-16. Verband Deutscher Zimmerer. Jahrlabend bei Müller, Tischlergasse 22. —

Porzellanarbeiter, Bahnhofs-Neustadt. Versammlung abends 8 Uhr bei Grotthum, Kl. Klosterstraße 15/16. —

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Magdeburg. Versammlung abends 8 Uhr bei Grotthum, Kl. Klosterstraße. Central-Krankenkasse der Deutschen Wagenbauer, Filiale Sudenburg. Jahrlabend bei Seeger. —

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Wilhelmshafen. Versammlung im Luisenpark, abends 8 1/2 Uhr. —

Berein Deutscher Schuhmacher, Bahnhofs-Neustadt. Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr bei Jesse, Holzstraße 2. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. —

Sonntag, 23. Januar: Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Bahnhofs-Neustadt. Mitglieder-Versammlung abends 8 Uhr im Deutschen Hof. —

Letzte Nachrichten.

Thale a. S. Hier sind 140 Forme in eine Schwebewegung eingetreten. —

Tangeren in Rußland. In einem Schachte der Donezker Gesellschaft erfolgte eine Gasexplosion. Bisher sind 50 Leichen ermittelt worden, 19 verwundete Bergleute wurden aus der Grube herausgeholt, von denen drei gestorben sind. Die Pferde sind sämtlich erstickt. —

Quittung.

Für Parteizwecke gingen ein: S. Budau 12,90. — B. S. 2,00. — Vom letzten Nachschuß 3,00. — Ein Diesdort 18,60. — Langer Heinrich 20,10. — J. Alte Neustadt 14,40. — Nicht angenommener Pfennig 1,49. — Sylvestertag 0,25. — So. 33,90. — Borf. der Bierinteressenten 3,50. — M. 2,00. — Geburtsstag, Budau 0,25. — N. Budau, 0,25. — Verderbige 0,40. — R. Neustadt 3,00. — Aufstiger Steiniger 1,00. — Schneider Sudenburgs 10,00. — R. Budau, 0,25. — St. Aufstiger Friedrich 10,00. — S. Freundschaft 15,00. — Sylvestertag bei Kellner 3,65. — B. Sudenburg 70,10. — J. Magdeburg 19,80. — Albert Vater, Vertrauensmann. Dreißig Mark von J. H. Döbeleben, erhalten zu haben, bezeugt das Wahlkomitee des Kreises Wanzleben. J. H. Döbeleben. —

Briefkasten.

Mein Arbeiter. Die Generalkommission vereinnahmte für die Maschinenbauer in der Woche, endend mit dem 13. Januar, 4750,63 Mark. Diese Summe der bereits quittierten zugehört, ergibt im ganzen 100 578,32 Mark, welche von den deutschen Arbeitern allein durch die Generalkommission den englischen Arbeitern überwiesen wurden. — Götting. Wenn vormittags ein so langer Versammlungsbericht für die am selben Tage erscheinende Zeitung einläuft, ist es uns in der Parlamentszeit nicht möglich, denselben an jenem Tage noch zu veröffentlichen. Gruß! —

Bericht über den Stand der Organisationen am 1. Januar 1897 und 1898 fandte ferner ein: Filiale Wilhelmshafen des Holzarbeiter-Verbandes. — Sektion der Klempner des D. M. A. S. — Filiale Neue Neustadt des D. M. A. S. — Filiale Sudenburg des D. M. A. S. —

Wasserstände.

	Elbe.	Donau.	Oberrhein.
Außig	19. Jan. — 0.11	20. Jan. — 0.24	0.13
Dresden	— 1.30	— 1.46	0.16
Lörrich	— 0.78	— 0.68	0.10
Wittenberg	— 1.70	— 1.53	0.17
Roslau	— 1.11	— 1.01	0.10
Barby	— 1.56	— 1.47	0.09
Schönebeck	— 1.38	—	—
Magdeburg	20. — 1.35	21. — 1.30	0.05
Langermünde	19. — 2.05	20. — 1.99	0.06
Wittenberge	— 1.82	— 1.75	0.07
Domitz, Pegel	— 1.30	— 1.27	0.03
Lauenburg	— 1.43	— 1.42	0.01

Aus Gera schreibt man uns: Zu der Notiz unter dem Artikel „Heute so — morgen so“ in der Nummer 16 der Volksstimme will ich mitteilen, daß der Fall nicht unter dem Gesichtspunkt der laxen Sozialdemokratie fallen würde. Der Bericht war nicht einer der freilebenden Arbeiter, er ist aber ein Messerheld, der den Streikfall nur benutzt hat, um seiner Rache zu fröhnen. Er bekam auch nicht ein Jahr Gefängnis, sondern nur drei Monate Zusatzstrafe zu neun, die er wegen anderweiter Messerfälscherei bereits abgesehen hat. Vielleicht ist er gerade wegen dieser seiner Qualitäten so verhältnismäßig billig davon gekommen. Er heißt auch nicht Neu, sondern Neumann. —

Gr. Volksversammlung

Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr

in „Friedrichslust“, Leipzigerstr. 52.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung der nächsten Reichstagswahl.

Referent: Der Kandidat der sozialdemokratischen Partei

Tischler Wilh. Pfannkuch - Berlin.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Das Wahlkomitee.

Mitglieder-Versammlung

des Verbandes der

Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

(Filiale Sudenburg)

Sonntag, den 23. Januar 1898, nachm. 3 Uhr

im Lokal „Zum Deutschen Hof“, Michaelstr. 16

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht

Die Tagesordnung

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Budau.

Montag, 24. Januar, abds. 8 Uhr, Versammlung im Thalia-Saal.

Tagesordnung in der Versammlung.

Die Tagesordnung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Filiale Sudenburg.

Montag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Lokal der „Friedrichslust“.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Verwaltung.

2. Wichtige Verbandsangelegenheit.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbeiträge mitzubringen. Gäste haben Zutritt. Zahlreichem und pünktlichem Erscheinen sieht entgegen

Die Verwaltung.

Feinste Weine

wie: Renscher Ausbruch, Ruster Ausbruch, Medicinal-Ungarwein, ferner: Oester, Malaga, Rabarra empfehlen

Reinhold Kirscht Jr., Gr. Ottersleben

Kolonialwaren-Handlung. 68

Fabrikenstrasse 5-6

Sonnabend abend 9 Uhr

Preis-Skatspiel

bei

F. Michelmann.

12 Hermann a. Wilhelm B...
nebst Familien.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 18.

Magdeburg, Sonnabend, den 22. Januar 1898.

9. Jahrgang.

Das neue Kartell!

Als Fürst Bismarck im Januar 1887 den Reichstag auflöste, um sich eine gesungene Mehrheit zu schaffen, da glaubte man vielfach, daß dies Experiment mißlingen werde. Aber man täuschte sich: es gelang den Offizieren des alten Kartells durch eine Agitation, in der die Bismarck-Propaganda, die Wähler in Furcht und Schrecken zu versetzen. Und um den angestrebten Effekt nicht abzuwachen, hatte Bismarck vorher die Central-Komitees der Konservativen, Freikonservativen und National-Liberalen unter einem Hut gebracht. Die drei Parteien hatten ein Kartell mit einander abgeschlossen, sich bei den Wahlen nicht zu bekämpfen, sondern zu unterstützen. Nur ein kleiner Kreis von Konservativen, die Kreuzzeitungs-Partei, stand dem Kartell feindselig gegenüber.

Was das Reich dem aus diesen Wahlen hervorgegangenen „Angstprodukt“ verdankt, ist hoffentlich noch nicht aus der Erinnerung geschwunden. Um nichts zu verschäumen, erinnern wir an das Septennat mit der Heeresvermehrung um 41 000 Mann, an das Branntweinsteuergesetz mit der Liebesgabe von 40 Millionen Mark und an die Verkürzung der Vollerrechte, durch Verlängerung der Wahlperiode um zwei Jahre!

Die deutschen Wähler sehen sich jetzt einem neuen Kartell gegenüber. Die Anregung dazu hat der Gümmel der Agrarier, der preussische Finanzminister v. Miquel gegeben. Die Ausführung hat der Bund der Landwirte übernommen. Unter seinen Fittichen haben sich die meisten Konservativen und Freikonservativen, der größte Teil der National-Liberalen und alle National-Liberalen zusammengefunden. An dieser Thatsache ist nicht mehr zu zweifeln. Die national-liberale Partei, die aus der Hand der unpassenden Namen endlich abzulegen, hat am Montag durch den Mund ihres Vorsitzenden ihr Einverständnis offen bekundet, daß „alle produktiven Klassen der Bevölkerung zu einer großen, zielbewußten, aktiven Wirtschaftspolitik zusammengefaßt werden.“ Das ist bekanntlich die Phrase, die von den reaktionären Parteien jeder Schattierung zur Bezeichnung der extremen Schutzpolitik gebraucht wird. Wenn es noch weiterer Beweise bedürfte, dann braucht man nur die vielen konservativ-agrarischen Kandidaturen aufzuzählen, die von den National-Liberalen unterstützt werden.

Wie eifrig die Konservativen, Freikonservativen und National-Liberalen für das neue Kartell wirken, haben wir schon ausführlich mitgeteilt. Die kleinen Blättchen, die noch hier und dort vorkommen, sind bis zu den Wahlen längst erledigt. In Sachsen stehen sich allerdings konservative und national-liberale noch sehr feindselig gegenüber: das dürfte aber die einzige Gegend sein, wo eine Einigung nicht ganz wahrscheinlich ist.

Eine merkwürdige Position nimmt bei dem neuen Kartell die Kreuzzeitung ein. Die Entwicklung der Dinge hat sich mit dem alten Jahrbuchblatt einen recht bescheidenen Scherz erlaubt. Im Jahre 1887 wollte die Kreuzzeitung von dem Kartell nichts wissen, weil es ihr zu gouvernemental war, heute wird die Kreuzzeitung von dem neuen Kartell begeistert aufgenommen, weil sie zu gouvernemental ist! So ändern sich die Zeiten!

Was die Wähler zu erwarten haben, wenn die vereinigten Reaktionen die Mehrheit erlangen, sagt die Berliner Volkszeitung, der wir diesen Artikel entnehmen, mit wenigen Worten: Erstens: Abschaffung der Handelsverträge und Rückkehr zu der schärften Schutzpolitik, bei der die Großindustriellen wie die Agrarier ihr Schutzhorn zu sichern bekommen. Zweitens: Verminderung der Vollerrechte, etwa durch **Beiseitigung der geheimen Wahl**, also Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, das ohne geheime Wahl keinen Wert mehr hat. Das sind die Ziele des neuen Kartells!

Parlamentarische Nachrichten.

Aus den Kommissionen.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde Mittwoch die Beratung des Postrats fortgesetzt. Eine vom Abg. Dr. Hamacher (natlib.) vorgelegene Resolution verlangt, daß die Annahme und Beilegung von Posten an Sonn- und Feiertagen, mit Ausnahme der Zeit vom 18. bis 31. Dezember, nur in den Vormittagsstunden bis 12 Uhr stattfinden. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Die Titel 1 bis 17 der Ausgaben, die Gehälter der Beamten der Centralverwaltung, werden darauf nach den Ansätzen des Etats bewilligt. In Titel 18 werden u. a. Gehälter ausgesetzt für 248 Ranglisten, von 1500 bis 3000 Mark. Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Volksp.) beantragte hier eine günstigere Skala des Aufwands. Staatssekretär v. Podbielski verweist nicht, daß die Durchführung des Altersrentenrechts manche Schwierigkeit mit sich bringe. Doch könne man nicht jetzt wieder an eine Änderung denken. Ein solcher Antrag würde sofort wieder einen Sturm von Pensionen entfesseln. Auch Geh. Oberregierungsrat Reumann warnt dringend vor Änderungen der im vorigen Jahre beschlossenen Normierungen, welche eine Verfassung herbeiführen sollte. Diese Normen würde durch abermalige Änderungen völlig vereitelt werden. Ebenso ist Abg. Müller-Fulda (Centrum) gegen den Vorschlag, dessen Durchführung etwa 1 300 000 Mark kosten würde. Jedem dieser Beamtenkategorie im vorigen Jahre erst um 300 Mark aufgebessert werden. Die Abg. v. Pöschke (Soz.)

und Dr. Pöschke (natl.) schließen sich dieser Auffassung an, und Abg. Singer (Soz.) hält es für dringender, eine Aufbesserung der Unterbeamten herbeizuführen. Der Antrag wird gegen die Stimmen des Antragstellers und des Abg. Werner (Natlib.) abgelehnt. Zu Titel 21 liegt eine Petition der Sekretäre vor wegen Gleichstellung im Gehalt mit den Gerichtsfunktionären. Der Referent Dr. Pöschke bekämpft die Forderung. Das Ausrechnungssystem für die Postsekretäre sei äußerst günstig, da sie Oberpostsekretäre werden könnten. Es würden auch fortwährend neue Oberpostsekretärstellen geschaffen. Ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit komme also nicht in Frage. Er beantrage über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Abg. Müller-Gleichstellung der Postsekretäre im Gehalt mit den Gerichtsfunktionären. Der Antrag wird gegen seine und die Stimmen der Abg. Müller-Fulda (Centr.) und Werner (Natlib.) abgelehnt, der Titel unverändert genehmigt, über die Petition Übergang zur Tagesordnung beschlossen. Bei auch die Zulassung der Civilanwärter zur Postsekretärsprüfung. Staatssekretär v. Podbielski: Erst wenn über die Tarifreform des Telegraphenwesens Beschluß gefaßt sei, könne man die wohl auch berechtigten Forderungen der schluß der gesamten Reformen bilden. Auf eine weitere Frage erklärt der Staatssekretär, daß die Anstellung von Damen im Telephonbetrieb besonders in Handels- und Gewerbetreibenden sehr gern gesehen werde, weil die Damen meist ein sehr deutliches und verständliches Organ haben. In Amerika seien im Postwesen etwa 80 000 Frauen beschäftigt. Die Anstellung von Frauen empfehle sich auch zu einem gewissen Ausgleich bei dem großen Ueberschuß an weiblichen Arbeitskräften. Bis zum Jahre 1890 seien bei der Post noch keine Damen angestellt gewesen; 1891 — 419; 1892 — 987; 1893 — 1248; 1894 — 1587; 1895 — 1890; 1896 — 2274 und im Jahre 1897 waren bereits 3000 Gehilfinnen angestellt. Abg. Singer (Soz.) bemängelt die geringe Bezahlung der weiblichen Angestellten, namentlich im Anfang. Das Diätariat von 4 1/2 Jahren müßte ihnen angerechnet werden. Gegenüber ihren Leistungen bekommen sie zu wenig. Auch sollte man ihnen nicht zumuten, bei Verurlaubungen für Stellvertretung zu sorgen. Staatssekretär v. Podbielski erwidert, die Zahl der jetzt angestellten Damen wachse von Jahr zu Jahr. Urlaub würde ihnen bis zu 10 Tagen gewährt, ohne daß sie Ersatz zu leisten brauchen. Bei Krankheiten befögen die Damen gleich den anderen Beamten, des Gehalts aus der Krankenkasse. Die Damen haben wöchentlich 49 Dienststunden. Die Schwere des Dienstes müsse er anerkennen, doch sei man bestrebt, durch mechanische Hilfe den Dienst möglichst zu erleichtern. Der Staat dürfe niemand unbillig ausnützen, und so lange er an der Spitze der Postverwaltung stehe, würde es sein Bestreben sein, die Damen so bezahlen zu lassen, daß sie auskommen könnten. Bei einem Kururlaub würde ihnen übrigens das volle Gehalt bezahlt. Abg. Bebel weist auf den besonders schwierigen und gefährlichen Dienst der Damen hin, so daß die meisten höchstens 9 Jahre im Dienst verbleiben. Abg. Müller-Sagan wünscht zu wissen, wie viel Damen während der letzten 6 Jahre wegen Krankheit aus dem Dienste scheiden mußten. Staatssekretär v. Podbielski: Genau wisse er die Zahl nicht, es sei aber eine ganz geringe Zahl. Wegen Verheirathung scheide eine größere Zahl aus. Im allgemeinen bleiben die Damen möglichst lange, schon wegen der Pensionsberechtigung. — Zu Tit. 25 (Unterbeamte) beantragt Abg. Singer, das Anfangsgehalt durchweg auf 900 Mark, bei Tit. 26 (Landbriefträger) das Endgehalt bis 1000 Mark (also für beide Kategorien eine Erhöhung von 100 Mark) zu erhöhen. Der Referent Dr. Pöschke, sowie der Staatssekretär des Reichspostamts Frhr. v. Thielemann erklärten sich gegen den Antrag, ebenso Staatssekretär v. Podbielski und Geh. Rat Reumann aus eintretenden Gründen. Die Verhandlung wurde wegen Beginn der Plenarsitzung abgebrochen und wird Freitag fortgesetzt.

Aus der Parteibewegung.

Es steht nunmehr fest, daß die Haltung des Vorwärts gegenüber der chinesischen Frage von der gesamten Parteireihe verurteilt worden ist. Insofern man klein beigeben und offen seine Sünden zu bekennen, versucht der Vorwärts seine verlorene Position dadurch zu retten, daß er ihm genehme Äußerungen einzelner Parteigenossen citirt. So z. B. hat Calwer in der Leipziger Volkszeitung eine rein akademisch-hypothetische Betrachtung darüber angestellt, was theoretisch die Befreiung von Kiaotchau einmal für den Sozialismus bedeuten könnte. Und innerhalb des Rahmens dieser Problematische Wirkung zu, wie jedem anderen Fortschritte der kapitalistischen Produktionsweise, der alle Einrichtungen zerstört und dadurch die Aufspaltung des nach und nach auf die Spitze getriebenen Kapitalismus herbeiführt. Dasselbe, was von Kiaotchau gilt, gilt auch von jeder Maschinenfabrik, die Arbeiterkräfte überflüssig macht und die industrielle Reservearmee vermehrt, von den Großbanken, dem Großhandel, den Großbetrieben u. s. w. Unbeachtet läßt der Vorwärts folgenden Satz im Calwerischen Artikel: Gewinnt das Kapital im Osten wie im Westen, steigt so die Unternehmerrate über das jetzige Niveau, so kann dieser Gewinn der Hauptursache zur Ausbreitung des Sozialismus, zu Ungeheuern

der Arbeiterklasse erfolgen. Diese Perspektive müssen die Arbeiter vor Augen haben, wenn sie die neueste koloniale Erwerbung des deutschen Reiches beurteilen wollen.

Ein ähnliches Kunststückchen unternimmt der Vorwärts bei der Wiedergabe der Ausführungen Mehrings in der Neuen Zeit. Der Vorwärts citirt Mehring wie folgt: „Der Pachtvertrag, der zwischen Deutschland und China über die Pacht von Kiaotchau abgeschlossen worden ist, hat in der sozialdemokratischen Presse zu kleinen Reibungen geführt, die von bürgerlichen Organen als wirkliche Meinungsverschiedenheiten aufgefaßt worden sind und in solchen Sinne ausgebeutet werden. Wir fürchten, daß es diesen bürgerlichen Blättern ergehen wird wie den Vögeln, die morgens zu früh singen und abends von der Raute gefressen werden. Bei jenen kleinen Reibungen, von denen dahingestellt bleiben mag, ob sie nicht besser unterblieben wären, handelt es sich nicht um Unterschiede der Auffassung, sondern höchstens um Unterchiede des Tones und des Temperaments, die nichts beweisen und am allerwenigsten etwas im Sinne bürgerlicher Schadenfreude.“ Unbeachtet läßt der Vorwärts folgende Worte: „Und soweit die deutsche Kolonialpolitik seit einem Duzend Jahre praktisch betrieben worden ist, hat die deutsche Sozialdemokratie stets zu ihren rücksichtslosen Gegnern gehört. Es liegt weder ein Anlaß vor, diese Haltung zu ändern, noch eine Thatsache, die auf eine solche Aenderung schließen ließe.“

Schon die Art, wie der Pachtvertrag zwischen Deutschland und China eingeleitet und abgeschlossen worden ist, müßte jede, wir sagen gar nicht einmal demokratische, sondern nur liberal-konstitutionelle Partei hindern, von einem großen Erfolg der deutschen Politik zu reden. Für das deutsche Volk und seine verfassungsmäßigen Vertretungen ist der Vertrag einfach ein Schritt aus dem Dunklen heraus in das Dämmerlicht hinein; nicht einmal darüber, was die Pacht von Kiaotchau als Hafen- und Handelsplatz bedeutet, ist irgend etwas zuverlässiges bekannt, die Meinungen der angeblichen oder wirklichen Sachverständigen gehen in diesem Punkte sehr weit auseinander. Nur das eine ist klar, daß der Vertrag neue Forderungen an Gut und Blut der Nation nach sich ziehen wird, und man sollte denken, daß jeder deutsche Patriot oder doch mindestens jeder liberale Politiker zunächst ein Gefühl tiefer Besorgnis darüber empfinden müßte, daß er wieder einmal mitthäten soll, wo er nicht mitraten darf. Zu dessen ist man es an den liberalen Kapitalisten gewöhnt, daß sie ihr politisches Selbstbewußtsein mit Vergnügen preisgeben, wenn sie irgendwo den Schimmer neuer Profite aufleuchten sehen; nur soll sich niemand einbilden, daß sich die Sozialdemokratie je auf einem so fahlen Pfade entspannen lassen könnte.

„Hat die harmlose Spiegelfahrt nach China schon beängstigend oder gar begeistert auf die gesunden Gemüther gewirkt, so steht es um die Folgen der bürgerlichen Opposition bei den nächsten Reichstagswahlen nicht gut aus. Es ist kein glückliches Vorzeichen, daß die Befriedigung über die Befreiung von Kiaotchau in der bürgerlichen Welt viel größer ist, als sie vor den Reichstagswahlen von 1884 über die Klagenhimmeln in Angola, Kamerun und Togo war, mit denen Bismarck gleichwohl die freisinnige Partei zu zerkleinern verstand.“

Darum sollt gewiß nicht, den patriotischen Wallungen der Spiegelfahrt irgend welche Zugeständnisse zu machen. Mit solcher Nachgiebigkeit hat sich die freisinnige Partei immer tiefer in die Tinte geritten. Es kommt vielmehr darauf an, das Blendwerk zu zerreißen, damit es möglichst wenig Unheil anrichten kann. Auch aus diesem Grund ist die rücksichtsloseste Opposition gegen Kiaotchau geboten und gegen alles was sonst damit zusammenhängt. Nach dem klaren und unzweideutigen Wortlaut der Reichsverfassung bedarf der Pachtvertrag mit China der Genehmigung des Reichstages. Ehe man nicht den Beweis vom Gegenteile hat, darf man nicht annehmen, daß sich die Regierung ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung entziehen wird. Zu riskieren hat sie dabei auch insofern nichts, als sie der Zustimmung des Reichstags bei seiner heutigen Zusammensetzung sicher sein darf. Aber die Debatte wird reichliche Gelegenheit bieten, die Ereignisse auszufesteln, die vor Klippen und Untiefen warnen.

Noch sehen die Gegner den Wahlen mit großen Sorgen entgegen, und ihre Angst macht sie augenscheinlich sehr vorsichtig. Es ist kaum darauf zu rechnen, daß sie vor den Wahlen noch besondere Thunheiten riskieren werden. Mit Kiaotchau haben sie aber vom Standpunkt der Wahltaktik aus einen nicht unglücklichen Griff gethan, und es empfiehlt sich, rechtzeitig dies Gange zu zerreißen.“

Weshalb der Vorwärts diese Äußerungen unbeachtet läßt, ist uns unverständlich. Wir verstehen den Groll, der aus folgenden der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung entnommenen Zeilen herausklingt:

„Wenn der Raum des Vorwärts benutzt wird, um die ganze Bewegung der Partei zu desavouieren, zu durchkreuzen, um Unfrieden und Verwirrung zu stiften, so ist eine zu weit gehende Toleranz den Schranken einzelner gegenüber jedenfalls unangebracht! Wir sind gewiß die letzten, die die freie Meinungsäußerung unterdrücken, einer Polemik anglistisch aus dem Wege gehen möchten. Aber zu einer solchen privaten, ganz unerbildlichen Meinungsäußerung wähle man wenigstens die richtige Form, den angemessenen Ort. Da ja leider der Sozialdemokrat wieder eingegangen ist, besitz wir nur die Neue Zeit als eigentliches Diskussionsorgan. Wenn schon einmal der Vorwärts durchaus zum Publikationsorgan der in unserer Partei doch wohl recht vereinzelt dastehenden Anschauungen des, in mehr als einem Sinne rätselhaften Unbekannten gemacht werden mußte, so waren die betreffenden Artikel von vornherein als inoffizielle Privatäußerungen zu charakterisieren, nicht aber durften sie uns präsumt als Organ der Sozialdemokratie geboten werden! Jedenfalls ist es Pflicht der Genossen, den sonderbaren Schwärmer, der den fraglichen Artikel verfaßt hat, einmal kräftig ins Gebet zu nehmen. Das sollte uns noch, daß wir uns gerade vor der Wahlkampagne die Gleichgültigkeit des Vorwärts nationalsozialistische Forderungen zu wollen, zerschneiden ließe! Wir fordern deshalb ein energisches Vorgehen der Reichstagsopposition. — In gleicher Weise haben wir uns vor

Wir lassen nur noch zwei Beifügungen:

Zur Beurtheilung, ob der Kampf der Berliner Schu-
macher gerechtfertigt ist, seien nachstehend einige Auszüge
aus der Fabrikordnung wiedergegeben. Es heißt in der-
selben: „Die Ausnahme wird erst rechtskräftig, nachdem der
Arbeiter die gleichlich vorgeschriebenen Papiere, sowie Arbeits-
nachweiseinreichend deponirt hat.“ Dagegen wünschen die A-
rbeiter, daß die verlangten Papiere, mit Ausnahme des
Arbeitsnachweiseinreichend, überhaupt erst beim Eintritt in
Arbeitsverhältniß deponirt werden müssen. Weiter ver-
langen die Arbeiter, daß in der Fabrikordnung die neu-
ständige Arbeitszeit festgelegt wird. In der vorliegenden
Fassung öffnet dieselbe der Willkür der Fabrikanten Thür
und Thor. Zu diesem Verlangen glauben die Arbeiter u-
nd mehr berechtigt zu sein, als bei den im vorigen Frühjah-
re dem Gewerbegericht vorgehabenen Verhandlungen die
Fabrikanten selbst erklärten haben, daß an der neunständige

Arbeitszeit sowie an den sonstigen Errungenschaften der letzten Streiks nicht gerüttelt werden solle. Sodann wird in der Fabrikordnung verlangt, daß die Arbeiter unter allen Umständen die festgesetzte Arbeitszeit innehalten. Die Arbeiter wünschen dagegen, daß diese Bestimmung nur dann gelten soll, wenn genügende Beschäftigung vorhanden ist. Es passiert nämlich gar nicht allzu selten, daß Accordarbeiter stundenlang auf Arbeit warten müssen. Sofortige Entlassung des Arbeiters soll stattfinden können, wenn derselbe zweimal in einer Woche zu spät kommt. Hier wünschen die Arbeiter, daß erstlich mal die Verspätung mindestens zehn Minuten betragen darf, und zweitens, daß vorher eine Verwarnung erfolgt. Betreffs der Materialien, welche sich die Arbeiter in den Schufabrikten immer noch auf eigene Kosten beschaffen müssen und die von den Fabrikanten geliefert werden, wünschen die Arbeiter, daß diese zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Einen Passus, nach welchem Arbeitstage, an denen nicht gearbeitet wird, auch nicht bezahlt werden, wünschen die Arbeiter gestrichen. Ferner soll die Zeit, welche die Arbeiter am Jahstage nach Feierabend auf Lohn zu warten haben, bezahlt werden.

In Bezug auf die Disziplin in den Fabrikräumen heißt es: „Der Fabrikherren . . . ist willig Folge zu leisten.“ Die Arbeiter wünschen das Wortchen „willig“ gestrichen und hinzugefügt: „in geschäftlicher Beziehung“. Auch verbietet die Fabrikordnung jedes Trinken während der Arbeitszeit. Die Arbeiter wollen nur das „übermäßige Trinken“ verboten wissen, da einzelne Arbeiterkategorien, Fraiser, Bimser u. bei ihrer Arbeit durchaus das Trinken nicht ganz entbehren können. Es käme das völlige Verbot für diese auf eine direkte Gesundheitsschädigung hinaus. Auch das Sammeln in den Fabrikräumen während der Pause will die Fabrikordnung verbieten, ebenso das Zusammenstehen und -Sitzen. Diese Bestimmungen sind nach Ansicht der Arbeiter nur darauf berechnet, die gewerkschaftliche Tätigkeit der Arbeiter lahm zu legen. Um sodann den Arbeiter in Bezug auf seine Bezahlung vollständig rechtlos zu machen, enthält die Fabrikordnung folgende Bestimmung: „Für solche Arbeit, die vom Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter für unbrauchbar befunden wird, wird kein Lohn bezahlt. Mangelhaft gelieferte Arbeit ist ohne weitere Lohnentschädigung zu verbessern.“ Die Arbeiter verlangen, daß bei der Beurteilung, ob ein Stück gelieferte Arbeit untauglich ist, auch der betreffende Arbeiter und der Arbeiterausschuß hinzugezogen werden, um Beschaffenheit des Materials des betreffenden Arbeiters. Mangelhafte Arbeit soll nur dann ohne Lohnentschädigung zu verbessern sein, wenn der Arbeiter die Mangelhaftigkeit verschuldet hat.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich mit dieser Arbeitsordnung beschäftigt und anerkannt, daß die Arbeiter der Schufabrikten im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren.

Der Landbote.

Ein von Pastoren Iskrautlicher Natur redigiertes frommes Blättchen, das auf dem Lande eifrig, wenn auch erfolglos verbreitet wird, schreibt: „Störung der Sonntagsruhe. Das Landgericht Hannover hat entschieden, daß nichtsozialdemokratische Dörfer es sich nicht gefallen lassen müssen, wenn sozialdemokratische Agitatoren namentlich an Sonntagen während der Kirche ihre Flugblätter verteilen. Danach kann die jetzt so stark betriebene sozialdemokratische Sonntags-Agitation als Störung der Sonntagsruhe bestraft werden. In Sachsen sind solche Agitatoren auch wegen Hausfriedensbruch bestraft worden, wenn sie sich trotz Verbotes wieder in die Gehöfte drängten.“ Das fromme Blättchen ist also ob dieses Entscheides in heller Freude; es vergißt aber, daß ihm niemand glaubt, daß der Entscheid so getroffen ist, wie das Blatt ihn wiedergibt.

Die Agrarier wollen es nicht wahr haben, daß die Instanzen in vielen Teilen Ostpreussens einen **Arbeitsverdienst von nur 300 Mark** und darunter erzielen. Was sagen sie nun zu folgender Thatsache: Der landwirtschaftliche Centralverein für Pommern und Masuren ersuchte den Herrn Regierungs-Präsidenten, bei der bevorstehenden neuen Festsetzung des Arbeitsverdienstes gemäß § 22 Abs. 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgegesetzes den Jahresarbeitsverdienst der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Instanzen und Deputanten männlichen Geschlechts, den monatlich gezahlten Löhnen entsprechend, für den ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen unter 350 Mark festzusetzen.

Die Frauenpost.

Aus dem Reiche derjenigen, die nicht alle werden, wird berichtet: Wie leicht noch immer Geschäfte gemacht werden können, zeigt folgende Geschichte, die sich in voriger Woche in Rogätz a. d. E. zugetragen hat. Kommen da eines schönen Nachmittags zwei Zigeunerfrauen, und die eine weist auf eine Familie, welche ein kühnendes Huhn (!) im Hause hat, allerlei aus dem in der Hand zerfallenen Ei, welches einen Stein (!) enthalten hat. Für „Bemühungen“ wurde 1 Mark verabschlagt. Unterdessen hat der im selbigen Hause wohnenden verheirateten Tochter die andere kluge Frau aus einem Blutstropfen in einem eben noch klaren Stück Weinwand gewahrhaft, daß ihre vermeintliche Krankheit, trotzdem ein Totenkopf aus dem Hause jense (!) noch heilbar sei. Die weiße Frau verschreibt auch ein Mittel aus der Apotheke, verkauft 2 Pulver zu 1 Mark das Stück und erhält außerdem für „Bemühungen“ 1 Mark. Einige nicht allzu kleine Entschädigungen werden mit auf den Weg gegeben. — Dieses Ereignis legt nur Zeugnis für dürftige Schulbildung ab. Würde auch in den Volksschulen (und noch dazu auf dem Lande) ein bißchen weniger Religion, dafür aber mehr Naturwissenschaft gelehrt, könnten solche „klugen Frauen“ ihr betrügerisches Handwerk nicht ausüben.

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Maurer Gottfried, genannt Heinrich Schumann zu Elm . . . geboren

am 18. März 1872, wegen **Stillschleppens** im einseitigen Zusammenstehen mit häßlicher Beleidigung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Hofmeister Hermann Wolf zu Brumby, geboren am 31. Oktober 1861, hatte sich wegen **wissenschaftlichen Meineides** zu verantworten. Die Verteidigung führt der Rechtsanwalt Dr. Böcker. Der Angeklagte lebte früher zusammen mit seinem Vater, dem Hofmeister Friedrich Wolf zu Glöthe, der am 9. November 1895 verstarb, und mußte später auf Antrag der Miterben ein Nachlassverzeichnis beim Amtsgericht in Calbe a. S. einreichen, dessen Richtigkeit und Vollständigkeit er am 17. Juni 1897 bescheinigte. Die Anklage behauptet, Hermann Wolf habe 1200 Mark bar Geld, das zum väterlichen Nachlasse gehörte und das er im Besitz hatte, wissenschaftlich verschwiegen. Der Angeklagte stellt dies entschieden in Abrede und giebt an, es seien nur 70 Mark vorhanden gewesen, die ihm sein Vater noch bei Lebzeiten geschenkt habe, trotzdem habe er sie im Inventar mit aufgeführt. Das Beweisergebnis reichte zur Ueberführung der Schuld nicht hin. Die Geschworenen verneinten daher die Schuldfrage, worauf Freisprechung erfolgte.

Verhandelt wird am 22. d. Mts. gegen den Reisenden Willy Range von hier wegen **versuchten Mordes**.

Gemeinde-Zeitung.

Die **Kreiskasse in Burg b. M.** publiziert: Die Stunden für den regelmäßigen Verkehr des Publikums mit der kgl. Kreiskasse sind von der kgl. Regierung zu Magdeburg auf die Zeit von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Am letzten Werktage, sowie am 18. jeden Monats, dem Kassenrevisionsstage, bleibt die Kasse geschlossen. Fällt der 18. auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist die Kasse am vorhergehenden Werktage geschlossen.

Aus Basel wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Durch das kantonale Bestattungsgegesetz vom 16. Novbr. 1885 wurde das Bestattungswesen des Kantons vereinfacht und die **Unentgeltlichkeit der Beerdigung** eingeführt. Schon dieses Gesetz enthielt eine Bestimmung, wonach auch in Basel die **Feuerbestattung** in Aussicht genommen war, sofern sich hierfür ein Bedürfnis zeigen sollte. Bald darauf konstituierte sich auch in der That ein Verein für Feuerbestattung, der einerseits für die Idee Propaganda machte, andererseits Geldsammlungen veranstaltete, um ein Krematorium zu errichten. Am 4. Juli 1896 beschloß dann der Große Rat nicht ohne lebhaften Widerspruch der Konservativen den Bau eines Krematoriums und bewilligte hierfür einen Kredit von 82 300 Frank, abzüglich eines vom Verein für Feuerbestattung zugesicherten Beitrags von 15 000 Frank. Während des letzten Jahres ist nun, nachdem auch das Volk sich für das Projekt ausgesprochen, das Krematorium gebaut und jetzt in Betrieb gesetzt worden. Letzte Woche fanden zwei Probeverbrennungen statt, die zur allgemeinen

Aufmerksamkeit ausfielen. Wie verlautet, soll entgegen früherer Ansicht auch für die Feuerbestattung hiesiger Verstorbener die Unentgeltlichkeit eingeführt werden, da sich deren Kosten in mäßiger Höhe bewegen und diejenigen der Beerdigung nur wenig erhöhen. Während des letzten Jahres wurden hier 1559 Bestattungen ausgeführt, die dem Staat eine Ausgabe von 42 000 Frank verursachten, die kaum gesteigert werden, auch wenn die unentgeltliche Kremation zu Recht besteht, zumal dadurch auch die Reisanlage neuer Beerdigungsplätze verschoben werden kann. Basel ist nun die erste Stadt nicht bloß der Schweiz, sondern überhaupt, die neben der Unentgeltlichkeit der Beerdigung auch die unentgeltliche Feuerbestattung besitzt.

Ein Denkmal den Märzgefallenen

zu errichten ist bekanntlich der Wille der Mehrheit der Berliner Stadtverordneten. Die Reaktion sucht dies unter Zuhilfenahme der Presse zu hintertreiben. Die Kreuzzeitung hat aus dem Jahre 1849, in welchem die Reaktion, gestützt auf die Bajonette, in Berlin bereits wieder Oberwasser gewonnen hatte, die Aeußerungen eines preussischen Offiziers über die Märzrevolution ausgegraben, die ganz im Stille der reaktionären Radikal-Politik jener Zeit gehalten sind, von „Franzosen, Polen und Juden“ fasseln, welche die März-kämpfe organisiert haben sollen, und was dergleichen oft widerlegte Scherze noch mehr sind: alles, um die Errichtung des Denksteins der Märzgefallenen zu hintertreiben. Der würdige pensionierte Offizier, ein Graf, der damals an der Spitze des sogenannten „patriotischen Vereins“ stand, schrieb 1849 über die Märzgefallenen: „In alter Zeit würde man ihre Leichen verbrannt und die Asche allen Winden preisgegeben haben, um nur ihr Andenken aus dem Gedächtnis der Menschen zu vertilgen, sie, die aus dem Abhub aller Nationen und dem niedrigsten Pöbel Berlins bestanden und nur ein frecher Hohn der Menschheit sind.“ Der gräßliche Haudegen, dessen edle Gesinnung aus jeder Zeile spricht, rief sich auch an den städtischen Behörden und der Öffentlichkeit. Er vertieg sich zu folgenden lächerlichen Bemerkungen: „Der späteren Nachwelt wird es unerklärlich bleiben, wie es möglich war, daß den gefallenen Barrikadenhelden von Seiten des Magistrats und der Stadtverordneten Berlins ein so feierliches Leichenbegängnis veranstaltet werden konnte, wie geschehen, und wie ein Hospizier, statt ein stiller Gebet über die armen Särder zu halten, „die Saat der Märtyrer der Freiheit“ einzufegnen magte. Offenbar kann dieses nur geschehen sein im Sinne der Umsturzpartei, um die Revolution zu verzerrigen, um eine Racheleistung für die kommenden Geschlechter zu geben.“ So der gräßliche Ordnungswächter 1849. Und solch ein Zeug hält die Kreuzzeitung heute noch für druckreif! O heilige Einsicht! Ober glaubt das Blatt wirklich, damit den Magistrat ins Bodshorn jagen zu können? —

Bericht vom Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau der Gewerkschaften Magdeburgs vom Jahre 1897.

Arbeitslos meldeten sich 3635 Personen. Davon waren verheiratet 677. Diese hatten 1725 Kinder. An arbeitslosen Wochen wurden 9981 verzeichnet. Als organisiert wurden 1382 Personen vermerkt. Das Ergebnis der Arbeitsvermittlung stellt sich nach Berufen wie folgt:

Beruf	Arbeitslos	Verlangt wurden	Arbeitslos erhalten	Bugereicht u. Hefse u. gelb erlob.
Schlosser	542	127	81	152
Klempner	118	107	65	56
Heilenbauer	14	24	13	10
Gelbgießer	9	8	2	9
Schmiede	217	263	147	47
Installateur	5	7	5	—
Heizer u. Maschin.	42	8	7	—
Formner	82	22	17	102
Trichter	430	461	290	—
Drechsler	30	61	22	198
Stellmacher	77	95	50	—
Stimmerer	68	71	66	3
Maurer	59	15	9	—
Töpfer	66	62	51	106
Dachbeder	3	2	—	—
Steinmetze	22	9	6	128
Summa	1784	1342	831	—

Beruf	Arbeitslos	Verlangt wurden	Arbeitslos erhalten	Bugereicht u. Hefse u. gelb erlob.
Hebertrag	1784	1342	831	—
Stuccateure	10	11	6	—
Maler	72	38	14	—
Glaser	6	7	1	—
Sattler	66	32	17	20
Tapezierer	38	26	13	—
Böttcher	17	3	1	—
Gärtner	10	3	—	—
Müller	13	6	3	—
Beigegerber	6	5	1	—
Rüstschner	1	1	1	—
Putzmacher	2	—	—	—
Brauer	2	1	—	—
Korbmacher	8	5	1	—
Graph Arbeiter	33	3	3	—
Tabakarbeiter	72	80	63	394
Summa	2140	1563	955	—

Beruf	Arbeitslos	Verlangt wurden	Arbeitslos erhalten	Bugereicht u. Hefse u. gelb erlob.
Uebertrag	2140	1563	955	—
Kellner	45	5	4	—
Bäcker	51	13	9	—
Buchbinder	57	33	21	—
Schuhmacher	214	256	159	56
Schneider	203	176	116	77
Kaufmann	6	—	—	—
Büchsenmacher	10	10	4	—
Barbiere	46	30	33	—
Arbeiter	766	212	198	—
Arbeiterinnen	90	59	26	—
Seiler	4	2	—	—
Fleischer	2	—	—	—
Wundmacher	1	1	—	—
Summa	3635	2420	1525	—

Auskunft wurde erteilt: in Arbeits- und Lohnstreitigkeiten in 191 Fällen, Krankencassensachen 16, Civilprozesse 20, Lehrlingsachen 20, Schulstrafsachen 3, Invaliditätsachen 22, Unfallachen 79, Kontraktverhältnisse 2, Ehegerichtsachen 2, Verstoß gegen § 153 d. G.-D. 2, Dienstbotenverhältnisse 26, Armenrechtsachen 13, Steuerachen 4, Alimentenachen 6, Strafsachen 3, Mietverhältnisse 9, Erbschaftsachen 3, und Polizeisachen 6, in Summa in 427 verschiedenen Fällen. Die Geschäftskasse schloß mit einem Ueberschuß von 222,64 Mark ab. — Betheilt sind an der Erhaltung dieses Institutes 41 Zahlstellen. — Fern standen am Jahresabschluß noch folgende Organisationen: Leberarbeiter, Hasenarbeiter, Gastwirtsgehilfen, Maler, Vereinigung d., Metallarbeiter Alte Neustadt und Vergolber. Man vergleiche den Bericht von 1896.

Der Geschäftsführer.

Unterhaltungsteil.

Der Bauernführer.

Roman von Franz Kahler.

„Ich danke Ihnen, Herr Doktor. Diese Gefahr ist nun vorüber. Was mir als eine solche erschien, fühle ich nunmehr als Pflicht. Erst jetzt begreife ich, wie richtig es von Ihnen war, Ihrer Frau gegenüber das früher gegebene Wort einzulösen und durch Erfüllung dieser Pflicht Herr Ihrer Reizung zu mir zu werden. Jede Bitterkeit, die ich thörichterweise noch manchmal über Ihre Handlungsweise empfand, ist geschwunden. Sie haben auch mich gelehrt, an der Seite meines zukünftigen Gatten und vorläufig als Braut Dr. Reffels Ihrem Beispiel zu folgen.“

„Braut Dr. Reffels? Seit wann?“

„Seit einer Stunde. Mein Vater hat über meine Hand verfügt, wie er mir vorhin sagte.“

„Und? . . . Hedwig deshalb jener . . . Entschluß?“

„Sie schlug die Augen nieder. In seinen Blicken hatte sie gelesen, daß er alles erraten . . .“

„Robert! Ich liebe Dich noch! — — —“

Einige Sekunden ruhte sie an seiner Brust. Einige Augenblicke schwankte Thal, dann löste er langsam ihre beiden Arme, die sie um seinen Nacken geschlungen hatte. Hedwig fühlte, daß er sie zurückstieß. Allein sie empfand keinen Groll darüber. Was sie heute trennte, was zwischen ihnen stand, unübersteigbar, das waren nicht mehr menschliche Gesetze, gesellschaftliche Sitten, sondern die gegenseitige Achtung. „Lebe wohl, Robert!“

„Lebe wohl, Hedwig!“

VII.

Bereits um sieben Uhr abends herrschte ein lebhaftes Treiben vor und in dem Wiesenauer Bahn-Gasthofe. Vor dem weitgeöffneten großen Hofthore, das nach der Dorfstraße führte, standen die Tagelöhner und Knechte in dichten Gruppen, mit einer gewissen Feiertagsmiene die reichlich verteilten Gratiszigarren rauchend und unermüdet drauf los schwägend. Alle Augenblicke trafen neue Besuchungsbesucher ein. Die Begrüßungsurufe, das Händedrücken und das Hin- und Herwogen der Menge nahm kein Ende.

Darum schien das Geräusch der Wagen, die teils auf der Straße mitten unter dem lärmenden Menschenhaufen

一、**總論**
 二、**經濟學**
 三、**社會學**
 四、**政治學**
 五、**法律學**
 六、**教育學**
 七、**心理學**
 八、**哲學**
 九、**宗教**
 十、**藝術**
 十一、**科學**
 十二、**其他**